

Friedensvertrag — das Gebot der Stunde

Die Angehörigen unserer Universität haben über den sowjetischen Friedensvertragsentwurf in Gewerkschaftsgruppen, FDJ-Gruppen und Praktikumsbetriebsgruppen diskutiert und ihn begeistert begrüßt, sichtbar in einem Strom von Zustimmungserklärungen an die sowjetische Botschaft und das Konsulat, an die Regierung der DDR und die „Universitätszeitung“, von denen wir nur einen kleinen Teil abdrucken können. Aber nicht nur allgemeine Zustimmung allein war die Reaktion auf die Vorschläge für Friedenskonferenz und Vertragstext, sondern auch die Bereitschaft, mitzuhelfen bei ihrer Popularisierung, besonders unter der westdeutschen Bevölkerung, und ihrer Verwirklichung. Einige der in den Diskussionen aufgetretenen Fragen wollen wir hier beantworten.

Die Volksmassen entscheiden

Die Frage nach den gesellschaftlichen Kräften, auf die sich der Kampf um die Verwirklichung des sowjetischen Friedensvertragsvorschlags stützen kann, ist seit langem berechtigt, ja sie ist eine der zentralen Fragen der Diskussion um die sowjetischen Vorschläge. Denn natürlich ist es in Deutschland eine Gruppe von Menschen, die mit diesen Vorschlägen einverstanden sein werden.

Es ist einverstanden mit diesen Vorschlägen sind die Revanchepolitiker, die sich abspalten vom Schlags eines Hallenspieles, die ehemaligen Rittergutsbesitzer, die in Ostpreußen, in den Ostgebieten — denn der Friedensvertragsentwurf sieht eine endgültige Garantie der Oder-Neiße-Grenze vor.

Einverstanden mit diesem Vorschlag sind die Nazigenossen und Naziführer, die die DDR überrollen und in Deutschland ein atomares Aufgeblähte gegen das sozialistische Deutschland verwandeln wollen — denn der Friedensvertragsentwurf verbietet Deutschland den Besitz und die Produktion von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungsmitteln.

Ein Zweifel: Der sowjetische Friedensvertragsentwurf sieht noch andere Kräfte vor, die den Militaristen und Atomfanatikern in Bonn nicht ins Konzept passen. Und wenn Herr Adenauer, das Haupt der Repräsentanten dieser Kräfte, sich bezieht auf die sowjetischen Vorschläge, die dem üblichen Nein zu entsprechen, so wundert uns das nicht.

Nein ist aber kein Grund zum Optimismus. Denn das deutsche Volk besteht nicht aus Militaristen und Neofaschisten. Das deutsche Volk besteht aus Millionen Werktätigen, aus den werktätigen, aus den friedensliebenden, aus den Handel interessierten Kreisen des Bürgertums, aus der großen Zahl aufsteigender Angehöriger der Intelligenz, die an der humanistischen Kunst und Kultur interessiert sind, die an der Erhaltung des Friedens interessiert sind. Sie alle sind, unbeschadet von Meinungsverschiedenheiten in Einzelheiten, in den Interessen des sowjetischen Vorschlags.

Die Interessen und Wünsche beständig erfüllt werden können. Aus diesen Kreisen kommen darum die Hunderte und Tausende von zustimmenden Meinungen und Meinungsäußerungen, die dem sowjetischen Vorschlag in den letzten Tagen hervorgehoben hat. Mit ihm kann die Begleitnote der Sowjetunion an die DDR feststellen, daß die deutschen Staaten die Bewegung für die unverzügliche Vorbereitung des baldigen Abschlusses eines Friedensvertrages immer größeren Umfang annehmen.

Vielleicht beseitigt dies noch die Zweifel der Skeptiker. Hat das Potsdamer Abkommen die Zustimmung der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes gefunden und ist in Westdeutschland trotzdem nicht verwirklicht? Wurden die sowjetischen Vorschläge für einen Friedensvertrag 1952 nicht auch von der Regierung der DDR und einem großen Teil des deutschen Volkes unterstützt und sind doch nicht durchgesetzt worden?

Müssen den Skeptikern sagen: Die Antwort auf diese Frage ergibt sich eindeutig aus den Ursachen für diese Grenzziehung. Die im Potsdamer Abkommen im Prinzip endgültig getroffene und für die vier ehemaligen Besatzungsmächte völkerrechtlich verbindliche Regelung der Grenzen Deutschlands sind das Ergebnis der Erfahrungen besonders der osteuropäischen Völker, die allein in diesem Jahrhundert mehrfach das Opfer der Aggressionspolitik des deutschen Imperialismus und Militarismus waren. Heute wird in Westdeutschland ein neuer Raubkrieg gegen diese Länder vorbereitet. So erklärte

Auch Westdeutschland wird souverän

Eines der Argumente, die die westlichen „Outline“-Politiker und ihre Gazetten gegen den sowjetischen Friedensvertragsentwurf ins Feld führen, ist die Behauptung, Deutschland wäre nach Verwirklichung dieses Vorschlags behindert, seine Souveränität auszuüben. Sie verweisen dabei insbesondere auf die Artikel, welche Deutschland verpflichten, an bestimmten Militärbindnissen nicht teilzunehmen, auf diejenigen, in denen der Anschluß Oesterreichs an Deutschland untersagt wird, und auf die, in denen der Besitz und die Produktion bestimmter Waffen verboten wird.

Worin besteht eigentlich die Souveränität eines Staates? Doch wohl in dem Recht, seine inneren und äußeren Angelegenheiten frei nach eigenem Ermessen, ohne Verletzung der Rechte anderer Staaten und der allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts zu bestimmen.

Und was sagt der Vertragsentwurf hierzu? Er erkennt in Artikel 3 die volle Souveränität des deutschen Volkes über Deutschland an und legt auch in Artikel 32 ausdrücklich fest, daß Deutschland keine wirtschaftlichen Beschränkungen auferlegt werden.

Der Artikel 5 (2) des sogenannten Friedensvertrages als Teil der Pariser Verträge dagegen gibt Aufschluß darüber, wie es gegenwärtig mit der Ausübung der Souveränität durch den Bonner Staat bestellt ist. Dort heißt es, daß die drei Mächte die „bisher innegehabten oder ausgeübten Rechte in Bezug auf den Schutz und die Sicherheit von in der Bundesrepublik stationierten Streitkräften“ zunächst beibehalten. Das aber bedeutet nichts anderes als im Wesen die Beibehaltung des Besatzungsstatus, welches den Westmächten erlaubt, jederzeit die volle Ausübung der Gewalt zu übernehmen. — Und das ist nur ein Ausdruck der Beschränkungen in der Souveränitätsausübung, es ist dabei ganz abgesehen von der völligen ökonomischen Verdrängung der westdeutschen Wirtschaft mit den USA-Monopolen sowie von der Aufgabe souveräner Rechte durch die Teilnahme am Gemeinsamen Markt und anderen supra-nationalen Organisationen.

Der sowjetische Friedensvertragsentwurf jedoch ist die Grundlage dafür, die souveränen Rechte auch Westdeutschlands zu verwirklichen. Als wichtige Voraussetzung, dafür verlangt er den baldigen Abzug aller ausländischen Truppen und die Lösung der deutschen Staaten aus Militärbindnissen.

Genau die gleichen, die die Souveränität Westdeutschlands verschachert haben, wehren sich jetzt mit Händen und Füßen dagegen, daß man ihnen die ausländischen Bajonette — mit deren Hilfe sie regieren — entziehen will, daß man ihnen Atom- und Raketenwaffen nimmt, ihrem Großmachtsdrang den Weg versperrt und ihrem „Outline“-Plan zur „Einkeislerung“ der DDR den Boden entzieht. Darum wollen sie jetzt glauben machen, der Vertragsentwurf beschränke die Ausübung der Souveränität. Wer aber außer den politischen Abenteurern und ihren Militärs will westliche Bündnisse, Atomraketen und Bombenflugzeuge? Das deutsche Volk braucht sie nicht. Wenn es darauf verzichtet, wenn es den Ostlandkriegern ihre Waffen nimmt, verschont es nichts von seiner Souveränität, im Gegenteil. Günter Lippold

der Bonner Minister Kaiser z. B.: „Ein wahres Europa kann nur gebildet werden, wenn die deutsche Einheit hergestellt wird. Sie umfaßt ... auch Oesterreich, einen Teil der Schweiz, die Saar und Elsaß-Lothringen.“

Der SS-Hauptsturmführer Kraft forderte als Bonner Minister das Sudetenland, das Memelgebiet, Danzig und den Korridor, während der Staatssekretär Hallstein bis zum Urat stürmen will.

Um dieser Krieges- und Kolonialisierungs-politik für immer ein Ende zu setzen, beschloß die Anti-Hitler-Koalition, einmütig die Grenzen Deutschlands so festzulegen, wie das im Potsdamer Abkommen bestimmt und im neuen sowjetischen Vorschlag bekräftigt wird. Um die Einheit der deutschen Nation zu wahren, legten die Alliierten gleichzeitig die Auslieferung der Deutschen aus den abgetretenen Gebieten fest und führten diesen Beschluß gemeinsam durch.

Diese Grenzziehung haben jene Kräfte in Deutschland verschuldet, die 1914 und 1939 den Krieg entfesselten und einen neuen wieder vorbereiteten. Eine sogenannte friedliche Revision kann heute doch nur bedeuten, jene Millionen polnischer und tschechischer Bürger, die sich in den vergangenen 15 Jahren eine neue Existenz in friedlicher und mühevoller Arbeit geschaffen haben, gewaltsam vertreiben zu wollen, heißt, drei Millionen Deutschen spaltative Hoffnungen zu erwecken, wie das

Friedensvertrag oder NATO-Plan „Outline“?

Warum haben die Bonner Politiker keinen konstruktiven Vorschlag für die Wiedervereinigung?
Warum erklären sie jetzt heuchlerisch: Erst Wiedervereinigung — dann Friedensvertrag?
Warum fürchten sie jetzt einen Friedensvertrag?
Sie wollen ihren Geheimplan „Outline“ verwirklichen.
Was sieht dieser Geheimplan vor?
Der Plan, gedacht für den Fall, daß eine Gipfelkonferenz stattfinden wird, sieht ein europäisches Sicherheitssystem vor, an dem Westdeutschland nicht teilnimmt. Dann sollen unter dem Druck der atomgerüsteten NATO-Truppen „freie Wahlen“ die Herrschaft der NATO bis zur Oder ausdehnen. Die Nationalversammlung, die aus diesen NATO-Wahlen hervorgeht, soll dann beschließen, daß die sowjetischen Truppen aus Deutschland abziehen, die NATO-Truppen aber sollen bleiben. Das Sicherheitsabkommen soll dabei nur die Staaten des Warschauer Vertrages verpflichten stillzuhalten, wenn sich die NATO der DDR bemächtigt.
Das aber wäre der Beginn eines Kreuzzuges der westdeutschen Militaristen und Politiker der Stärke nach dem Osten. Sie scheuen sich, diesen Plan offen auf den Tisch zu legen.
Sie fürchten den Friedensvertrag, weil er ihre Illusionen zerstört.

Wir werden den Vertrag durchsetzen

Aus Stellungnahmen von Universitätsangehörigen

Vernunft setzt sich durch

Die von der Regierung der Sowjetunion unterbreiteten Vorschläge zur Einberufung einer internationalen Konferenz und zum Wortlaut eines künftigen Friedensvertrages mit Deutschland sind neue Beweise des unermüdbaren Strebens der UdSSR, alle Weltprobleme auf dem Verhandlungswege zu lösen. In dem Maße, wie sich gegenüber der Politik der Stärke das Prinzip der Vernunft durchsetzt, erfahren Fortschritt, Wohlstand und Glück der Menschheit eine immer gediehlere Förderung. Mit einem Friedensvertrag verbundene Einbeziehung Deutschlands in die Völkergemeinschaft als gleichberechtigtes Mitglied wird beste Voraussetzung für die Wiederherstellung unserer nationalen Einheit und für die Entwicklung zu einem wahrhaft demokratischen deutschen Staat schaffen. Möge die neue Note der Sowjetunion in diesem Sinne bald zu dem gewünschten Erfolge führen.

Prof. Dr. Anton Arland,
Präsident für Forschung

Erfolg hängt von uns ab

Der Erfolg des Friedenskampfes hängt in entscheidendem Maße von der Stärke unseres Arbeiter- und Bauern-Staates ab, von der Lösung der Aufgaben, die vor uns allen und vor jedem einzelnen von uns stehen. Wir verpflichten uns deshalb, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß das Programm der weiteren sozialistischen Entwicklung des Dolmetscher-Instituts unter Einbeziehung aller Lehrkräfte Studenten und Angestellten schnellstens lebendige Wirklichkeit wird.

Lehrkörper des Dolmetscher-Instituts

Wenn wir dafür kämpfen...

Die FDJ-Gruppe der Medizinischen Klinik begrüßt in vollem Umfang den Vorschlag der Sowjetunion, innerhalb von zwei Monaten eine Friedenskonferenz zur Beratung eines Friedensvertrages mit Deutschland durchzuführen. Dieser Entwurf eröffnet unserem Volk die große Perspektive einer glücklichen Zukunft als gleichberechtigtes und geachtetes Glied in der Gemeinschaft der Völker. Seine Annahme würde die völkerverfeindlichen Pläne der Kriegsinteressen, Deutschland in einen neuen Krieg zu stürzen, vereiteln und eine Entspannung in ganz Europa herbeiführen.

Wenn sich jetzt das gesamte deutsche Volk und besonders die Jugend hinter die Vorschläge der Sowjetunion stellt, wird der Tag der Wiedervereinigung Deutschlands nicht mehr fern sein.

Voraussetzung für Wiedervereinigung

Seit Jahren bemüht sich die Sowjetunion, die Spannungen, die sich durch die Spaltung Deutschlands in Mitteleuropa ergeben haben, zu beseitigen. Die letzte Note der UdSSR bietet die Möglichkeit, die Verhältnisse zwischen bei-

den deutschen Staaten zu normalisieren, und schafft die Voraussetzung für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands.

Gewerkschaftsorganisation
des Physikalischen Instituts,
gez. Professor Iberg

Friedensinitiative aus Freundeshand

Wir sind froh und stolz über diese große Friedensinitiative aus Freundeshand und werden uns mit ganzer Kraft für die Realisierung des sowjetischen Angebotes einsetzen. Mit unserer wissenschaftlichen und erzieherischen Arbeit wollen wir noch mehr als bisher die Wahrheit über den ersten sozialistischen Staat verbreiten helfen, um so die Freundschaft zwischen dem deutschen und sowjetischen Volk weiter zu festigen.

Die Angehörigen des Slawischen
und Sorbischen Instituts

Unsere Arbeit hilft mit

Der Rat der Fachrichtung Chemie an der Karl-Marx-Universität begrüßt die Initiative der Sowjetregierung, die den

Artikel 22

Die verbündeten und vereinten Mächte erkennen das Recht des deutschen Volkes auf Wiederherstellung der Einheit Deutschlands an und bringen ihm Bereitschaft zum Ausdruck, den beiden deutschen Staaten jegliche Unterstützung zur Erreichung dieses Zieles auf der Grundlage der Annäherung und Verständigung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der deutschen Bundesrepublik zu gewähren.

wohldurchdachten Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland vorlegt. Wir sind der Meinung, daß damit ein großer Schritt vorwärts zur Lösung der nationalen Frage Deutschlands getan wurde. Dieser Vertrag würde Deutschland endlich wieder die völlige Gleichberechtigung und die Garantie für eine friedliche Entwicklung geben und den Wahnwitz, daß auf deutschem Boden Atom- und Raketenwaffen stationiert werden endgültig beseitigen. Wir weisen zugleich auf den engen Zusammenhang hin, der zwischen dieser Initiative und den Plänen unserer Regierung zur Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe besteht, an der wir durch unsere wissenschaftliche Arbeit mitwirken. Beides sind zwei Aspekte der gleichen konsequenten Friedenspolitik.

Jetzt muß verhandelt werden!

Grundstein für Normalisierung

Nachdem Deutschland schon seit 14 Jahren auf einen Friedensvertrag wartet, der die Voraussetzung zur Wiedervereinigung beider deutscher Staaten schafft, nahmen wir es mit großer Freude auf, daß sich die Sowjetunion wieder besonders darum bemühte, den Entwurf für einen Friedensvertrag zu unterbreiten, in dem auch der Grundstein für die Normalisierung der Beziehungen der Völker untereinander gelegt wird.

Gewerkschaftsgruppe Arbeiter und Angestellte der Wifa

Friedliches Leben, klare Perspektive

Wir, die Angehörigen der Arbeiter- und Bauern-Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig, geben dem sowjetischen Vorschlag für den Friedensvertrag mit Deutschland unsere volle Zustimmung.

Wir sehen in der jüngsten Note der Sowjetunion einen wichtigen Beitrag zur nationalen Wiedergeburt Deutschlands, zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa und zur Festigung des Weltfriedens. Die Verwirklichung des Friedensvertrages sichert dem deutschen Volk ein ruhiges, schöpferisches und friedliches Leben und gibt eine klare Perspektive für die Zukunft Deutschlands als friedlicher demokratischer Staat, der volle Souveränität und internationale Gleichberechtigung besitzt.

Walter Foegel, Universitätszeitung, 23. 1. 1959, Seite 3

Die Grenzziehung ist gerecht

Der sowjetische Vorschlag über einen Friedensvertrag mit Deutschland enthält in den Artikeln 8 bis 12 die Bestimmungen über die Grenzen Deutschlands. Danach sollen zu Deutschland jene Gebiete gehören, die am 1. Januar 1959 unter der Souveränität der beiden deutschen Staaten standen, d. h. der Entwurf erkennt ausdrücklich die Oder-Neiße-Grenze an. Außerdem verpflichtet der Artikel 13 Deutschland, die staatliche Unabhängigkeit Oesterreichs zu respektieren und verbietet jegliche Form des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland.

In den Aussprachen über den sowjetischen Friedensvertragsvorschlag wurde von Angehörigen der Karl-Marx-Universität auch die Frage gestellt: „Sind diese Grenzen gerecht?“ und „Kann man nicht durch Verhandlungen eine ‚friedliche‘ Revision der Grenzen erreichen?“

Die Antwort auf diese Frage ergibt sich eindeutig aus den Ursachen für diese Grenzziehung. Die im Potsdamer Abkommen im Prinzip endgültig getroffene und für die vier ehemaligen Besatzungsmächte völkerrechtlich verbindliche Regelung der Grenzen Deutschlands sind das Ergebnis der Erfahrungen besonders der osteuropäischen Völker, die allein in diesem Jahrhundert mehrfach das Opfer der Aggressionspolitik des deutschen Imperialismus und Militarismus waren. Heute wird in Westdeutschland ein neuer Raubkrieg gegen diese Länder vorbereitet. So erklärte